

## **Beschluss der 20. Wiener Landeskonferenz**

### **Aktuelle Stellungnahme**

# **Gegen den neoliberalen Bildungsabbau in Wien!**

**Die KPÖ Wien unterstützt Eltern, SchülerInnen und LehrerInnen in ihren Aktionen zur Nachbesetzung aller mit 1.12.03 wegpensionierten LehrerInnenposten!**

**Die KPÖ Wien fordert die Rücknahme der Stundenkürzungen und STOPP dem Abbau von LehrerInnendienstposten!**

Seit 1. Dezember 2003 fehlen in Wien wegen der Nichtnachbesetzung der Stellen von frühpensionierten LehrerInnen mehrere hundert PflichtschullehrerInnen. Seit 1. Dezember 2003 fehlen damit IntegrationslehrerInnen, ZweitlehrerInnen, LehrerInnen für Stütz- und Fördermaßnahmen und für Freifächer oder Übungen. Denn diese LehrerInnen wurden zur Aufrechterhaltung des Klassenunterrichts abgezogen und zum Teil an anderer Schulen versetzt. Kinder haben ihre vertrauten LehrerInnen verloren, Unterricht und Förderangebote fallen bis auf weiteres aus.

Elternvereine, SchülerInnen und LehrerInnen haben bereits spontane Protestaktionen organisiert, der 10. Dezember soll zum wienweiten Protesttag werden. Die für das Nichtnachbesetzen der Dienstposten und damit für das derzeitige Wiener Schulchaos hauptverantwortliche Bildungsministerin schiebt diese Verantwortung auf den Wiener Bürgermeister ab, der im Länderausgleich dem Stellenabbau zugestimmt haben soll. Die Gemeinde Wien, die ihre Budgetprobleme mit Ausgliederung kommunaler Dienste und Trans-Border-Leasing auf ähnlich neoliberale Art verdecken will wie die Bundesregierung, weigert sich diese für die bewährte präventive Förderung notwendigen LehrerInnendienstposten zu finanzieren.

Die Tatsache, dass so viele LehrerInnen trotz massiver Abschlüsse in den Vorruhestand gegangen sind, ist ein alarmierender Hinweis auf die seit Einführung der EU-Maastricht-Kriterien ständig verschlechterten Arbeitsbedingungen an den Schulen. "Weniger Staat, mehr privat" haben zu Personalabbau im Sozial- und Bildungsbereich geführt. In den Schulen müssen immer weniger LehrerInnen mehr und neue, bisher von Schulverwaltung und Ministerium und Gesetzgebung wahrgenommene Aufgaben übernehmen.

Die Regierung Schüssel hat 2001 den LehrerInnen (und anderen Beamten) die Frühpensionsmöglichkeit bis 1.12.2003 eröffnet, weil damit der Abbau von öffentlichen Diensten und öffentlich Bediensteten ohne Entlassungen und Entpragmatisierungen und daher ohne größeren gewerkschaftlichen Widerstand beschleunigt werden konnte. Einzig die AHS-LehrerInnen haben im Frühjahr 2003 gegen das ersatzlose Streichen von Unterrichtsstunden an den AHS und BMHS gestreikt. Alle anderen LehrerInnensektionen der FCG-dominierten Gewerkschaft öffentlicher Dienst/GÖD machten Streikmaßnahmen von Entlassungen abhängig, die wegen der Frühpensionierungen ausgeblieben sind. Heute sind die Pflichtschulen betroffen. Das Wegsparen von Unterrichtsstunden und Bildungsqualität trifft die SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen, die versetzt und verschoben werden, deren Arbeitsbedingungen mitten im Schuljahr ebenso verschlechtert werden wie die der SchülerInnen.

**Die KPÖ Wien versteht sich als Teil der sich formierenden Sozialbewegung gegen den Bildungs- und Sozialabbau.**

**Die KPÖ Wien fordert vom Bund die für die Sicherung und den Ausbau des demokratischen öffentlichen Schulwesens notwendigen Mittel, für die Bundesschulen ebenso wie für die Wiener Pflichtschulen.**

**Von der Gemeinde Wien fordern wir die Zwischenfinanzierung der vom Bund derzeit nicht bezahlten Dienstposten und unterstützen ihre Bemühungen um die Refundierung aus dem Bundesbudget.**